

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der



Stadt Nastätten.

Der Preis des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 2.50 frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 7.50. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Ungelesen finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die 6-gelappte Nonpareilgröße oder deren Raum mit 50 Pfg., die Restmenge mit Mk. 1.50 berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878. Druck und Verlag: Müller'sche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten. Begründet 1878.

Nr. 104

Nastätten, Samstag, den 3. September 1921

44. Jahrgang

Gewitterluft im Nachsommer.

Wir wollen wünschen, daß die Reichsregierung die innerdeutschen politischen Verhältnisse zu schwarzem Ansehen, daß ihre Maßnahmen zur Besonnenheit gehört werden, und die Maßnahmen gegen Frech- und Versammlungsfreiheit nicht in weitem Umfange in Anwendung gebracht zu werden brauchen. Es ist jedem, der sehen will, klar, daß eine Auspeitschung der politischen Leidenschaften uns in kürzester Zeit ruinieren muß, eine Gefahr, die wir bisher nur von den harten Folgen des Entente-Ultimatums befürchteten. Der Mord an dem Abgeordneten Erzberger wird gewiß allgemein verurteilt, aber es liegt in dieser abscheulichen Tat noch kein direkter Anlaß, bei uns das unterste zu oberst zu lehren. Wer solche Ereignisse für selbstliche Zwecke ausnützt, handelt verwerflich und leistet denen Vorschub, die solche Verbrechen antizipieren, die wohl im Orient zu Hause sind, aber von unserer Heimat verbannt bleiben sollten.

Die Nordtat hat überrascht, denn seit dem Märzputsch in Mitteldeutschland, der einer Anzahl von Menschen das Leben kostete, sind die Frühlings- und Sommerwochen in Deutschland in ruhiger Gelassenheit verstrichen. Auch die Annahme des Entente-Ultimatums vom 5. Mai und die Vertagung der Entscheidung über Oberschlesien hat zunächst keine tiefgehende Erregung hervorgerufen. Der Tod der Kaiserin Auguste Viktoria erweckte die größte Teilnahme, aber keine Unruhe.

Der Sommer brachte zahlreiche elektrische Entladungen in der Natur, aber er verschonte die Volkstimmung. Bis sich dann über diese im August Wetterwolken zu legen begannen. Es soll hier nicht erörtert werden, mit welchen Mitteln die Brotversteuerung gemildert werden konnte, aber sicher ist, daß die Tatsache der Brotversteuerung eine starke Erregung auslöste. Alles wurde teurer, die Freude über die Freigabe von Milch und Butter sank, und zu dieser trüben Gegenwart gesellte sich noch die schlimme Aussicht auf die neuen Steuern. Die Leute wurden nervös, die Sorgen begannen zu wachsen.

Politisch und moralisch verwilderte Gemüter haben wir heute in Deutschland leider zu viel. Sie bilden eine Gefahr für Ruhe und Frieden im Innern, aber nur gegenüber einer schwachen Hand. Wir haben auch Heißsporne, die nicht vergessen können, auch gegen sie ist eine starke Hand nötig. Aber wer die große Masse des Volkes in den Mittel-, Kleinstädten und auf dem Lande kennt, der wird kaum befürchten, daß sie sich überbumpeln läßt. Sie will satt werden und sich den Ertrag ihrer Arbeit nicht fortstreuen lassen. In der Sicherung dieser wirtschaftlichen Ziele und in der Gewährung der persönlichen Freiheit liegt die Garantie für die friedliche Entwicklung Deutschlands. Putzsch sind Feuerstellen, die aus Mangel an Brennstoffen von selbst erlöschen müssen. Zufriedenheit muß nach Deutschland auf dem Wege über die Gütegüter zurückkehren. Und die Forderung nach erschwinglichen Preisen für die allerersten Lebensmittel und nach einer bescheidenen Existenz ist nicht zu groß. Wird sie erfüllt, dann haben wir Ruhe, weil neun Zehntel aller Deutschen sich nicht nur auf diesen Boden stellen, sondern ausdauernd auf ihm verharren werden. Die Gewitterstimmung schwindet dann von selbst, und die Unruhester werden einsehen, daß sie auf eine tatkräftige deutsche Volkstront stoßen, die sich nicht einrennen läßt.

Deutschland als Gläubiger.

Die Geschäftsverbindung zwischen Deutschland und Frankreich in Sachen der Warenlieferungen, welche die beiden Minister Rathenau und Loucheur in Wiesbaden vereinbart haben, ist für uns wirklich nicht brillant. Sie macht uns allerdings zu Frankreichs Gläubiger, da wir unsere Lieferungen teilweise auf Kredit geben, aber diese Ehre ist zweifelhafter Natur, und wir wollen abwarten, welche Folgen sich daraus im Laufe der nächsten Jahre ergeben werden. Wichtigere wäre es gewesen, wenn das siegreiche Frankreich dem von Lasten überbürdeten Deutschland Zahlungen auf Konto unserer Lieferungen geleistet hätte, aber daran war ja wohl bei der bekannten französischen Angst um das liebe Geld nicht zu denken.

Dem Minister Rathenau hat bei seinen Verhandlungen mit Frankreich von vornherein ein weiteres Ziel vorgeschwebt, als nur das, durch die Sachlieferungen an

Frankreich die beiderseitigen Beziehungen zu verbessern und die deutschen Goldzahlungen zu erleichtern, nämlich eine Rückwirkung auf die wirtschaftliche Weltkrise und die Ueberwindung derselben. Um dieses Ziels willen hätte es sich verlohnt, unsern westlichen Nachbarn Entgegenkommen zu zeigen, damit wir überhaupt erst ins Geschäft mit ihnen gelangen. Aber schließlich muß doch eine solche Abmachung für beide Teile lohnend sein. Und dieser Profit, der für Frankreich sicher ist, ist für Deutschland fragwürdig. Denn nicht nur werden die Preise von einer gemeinschaftlichen Kommission aufgestellt, Frankreich erhält auch freie Hand, von dem Warenbezug zurückzutreten. Nun kann man ja freilich hoffen, daß die Franzosen erkennen werden, welche großen Nutzen sie von diesem Vertrag haben, aber das bedeutet noch keine Gegenleistung an uns. Die Hoffnung bleibt höchstens, daß die Zeit gar vieles vergessen läßt.

Die Bestimmungen über die Reparationszahlungen werden durch diesen Vertrag von Wiesbaden nicht geändert, es ist auch nicht unbedingt sicher, daß die Engländer nicht bestimmte Wünsche erheben werden. Einzelne englische Zeitungen sagten ja schon, daß Frankreich durch diese Sachlieferungen vor Großbritannien zu bevorzugen würde. Es ist aber wohl nicht anzunehmen, daß in London unüberwindliche Schwierigkeiten gemacht werden dürften. Man ist schließlich wohl an der Thematik sogar froh, daß eine kleine Entspannung zwischen Frankreich und Deutschland sich anbahnt. Von einer Rückwirkung auf die ober-schlesischen Angelegenheiten ist jedenfalls keine Rede. Abzuwarten werden wir zudem auch haben, ob wir durch die Lieferungen an Frankreich schließlich nicht selbst mancherlei zu Hause entbehren werden. Die theoretischen Vertragsbestimmungen bedürfen also noch sehr einer Nachprüfung durch die Praxis.

Englische Stimmen gegen das Abkommen.

Nach dem „Daily Telegraph“ herrscht in britischen Regierungskreisen große Zurückhaltung bei der Erörterung der Ergebnisse des neuen Loucheur-Rathenau-Abkommens. Es sei sehr zu bezweifeln, daß Deutschland während der ersten Jahre seiner Wiederherstellung wirklich Matalenleistungen im Gesamtwerte von 350 Millionen Pfund Sterling jährlich für Frankreich allein aufbringen könne. Wenn Deutschland dazu wirklich in der Lage sei, könne es dies kaum tun, ohne sich selbst und dem alliierten Frankreich Schaden zuzufügen. Der gesamte Plan müsse daher sorgfältig von den englischen Sachverständigen untersucht werden. Wenn Deutschland sich für fähig erkläre, seine Verpflichtungen rascher zu erfüllen, als es zugesagt habe, indem es während der ersten Jahre weit größere Lieferungen mache als versprochen, so scheine ein dringender Grund dafür zu bestehen, daß der Vorteil dieses intensiver verstärkten Systems nicht für alle Alliierten gelten könne.

Der Streit um die deutsche Milliarde.

Die französische Kammerkommission für inanzielle Angelegenheiten hat einstimmig erklärt, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages es nicht zulassen, daß Frankreich bei Verteilung der ersten deutschen Milliarde übergangen wird.

Der Senatskommission, die beschloffen hatte, in aller Kürze den Ministerpräsidenten und den Finanzminister über das letzte inanzielle Abkommen vom 13. August 1921 in zu hören, hat Briand bekanntgegeben, daß er es augenblicklich nicht für notwendig erachtet, der Kommission Erklärungen über das Abkommen zu geben. Die Senatskommission hat außerdem den Wortlaut eines Fragebogens festgesetzt, den sie dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister über das inanzielle Abkommen vom 13. August überreichen will.

Völkerbund und Oberschlesien.

Die erste Sitzung des Völkerbunds wurde Montag nachmittag um 4 Uhr eröffnet. Alle Mitglieder des Rates, Graf Tshihi-Japan, Balfour-England, Bourgeois-Frankreich, Marchese Imperiali-Italien, Hymans-Belgien, Dvinones de Leon-Spanien, Da Cunha-Brasilien und Wellington-Koo-China waren anwesend. Der Präsident Tshihi erteilte sofort das Wort zu seinem Berichte über Oberschlesien. Er setzte die

oberschlesische Frage auseinander und erläuterte an die Bedingungen, unter welchen die Abstimmung stattfinden. Er entwickelte alsdann die verschiedenen Punkte, worüber der Rat entscheiden solle. Er erwähnte u. a. daß Briand dem Grafen Tshihi in einer Note vom 21. August mitgeteilt hat, daß sich jede der im Obersten Rate vertretenen Regierungen freiwillig verpflichtete habe, die Lösung, die durch den Völkerbundsrat empfohlen werde, anzunehmen.

Auf Tshihis Bericht hin beschloß der Rat einstimmig, die Regelung der ober-schlesischen Frage zu übernehmen.

Die nächste Sitzung des Rates

Um den Mitgliedern Zeit zum Studium der Akten zu geben, wurde die nächste Sitzung auf Donnerstag nachmittag festgelegt. Die Sitzungen dieser außerordentlichen Session des Rates, die nur mit Oberschlesien zu tun hat, bleiben unter dem Vorsitz des Grafen Tshihi. Außerdem ist der Völkerbundsrat zu seiner gewöhnlichen Session zur Prüfung der laufenden Angelegenheiten, die ihm unterbreitet werden, zusammengetreten.

In angeblich gutunterrichteten Genfer politischen Kreisen verlautet, daß die Entscheidung des Völkerbundsrates in der ober-schlesischen Frage erst im Anfang des Monats Oktober gefällt werden wird.

Das Projekt der Entscheidung über Oberschlesien scheint nach der Pariser Zeitung „Deuvre“ sehr allgemein angenommen zu sein und man kommt im allgemeinen weder auf die vom Grafen Sforza vorgeschlagene Grenzlinie zurück (?).

Der Prüffstein für den Völkerbund.

Der Beginn der Verhandlungen des Völkerbunds über die ober-schlesische Frage wird in der französischen Öffentlichkeit mit wenig günstigen Kommentaren begleitet. Interessant ist eine Savasmeldung aus London, in der es heißt:

„Die Zukunft des Völkerbundes steht auf dem Spiel; denn sie wird von dem Ergebnis der Beratungen abhängen, die jetzt begonnen haben. Wenn der Völkerbundsrat zu einer annehmbaren Lösung der Schwierigkeiten gelangt, so wird sein Ansehen sichergestellt sein. Wenn er dagegen versagt, so erscheint es unvermeidlich, daß mehrere große Nationen sich von ihm zurückziehen werden, was notwendigerweise seine Berechtigung zur Folge haben muß. Es ist daher auch wahrscheinlich, daß der Rat von Frankreich und England verlangen wird, sich auf dem Wege eines Vergleichs zu einigen. Um zu vermeiden, daß Deutschland oder Polen die Entscheidung des Rates ablehnen, wird man fernerhin wahrscheinlich die Vertreter dieser beiden Staaten berufen, um ihren Standpunkt vor dem Rat darzulegen.“

So weit die Londoner Meldung, die den tatsächlichen Verhältnissen ungefähr entspricht dürfte. Für den Augenblick liegt trotz der ablehnenden Haltung der französischen Presse vom deutschen Standpunkt aus keinerlei Veranlassung vor, die Lage, wie es vielfach zu geschehen scheint, mit besonderem Optimismus zu betrachten.

Die Alandsinseln.

Am Dienstag eröffnete der Rat des Völkerbundes seine 14. ordentliche Session unter dem Vorsitz des chinesischen Delegierten Wellington Koo. Der Vorsitzende dankte zunächst dem Präsidenten der abgelaufenen Session Graf Tshihi für seine Tätigkeit, die für die Sache des Weltfriedens außerordentlich wertvoll gewesen sei, und sprach die Hoffnung aus, daß auch die Beratungen über die ober-schlesische Frage, die unter Leitung Tshihis stehen, von Erfolg gekrönt sein werden. Sodann teilten die Vertreter Spaniens, Belgiens und Brasiliens mit, daß ihre Regierungen die Statuten des internationalen Gerichtshofes ratifiziert haben.

Besprochen wurde zunächst die Frage der Neutralisierung der Alandsinseln. Es waren folgende Regierungen aufgefordert worden, ihre Vertreter zum Abschluß eines entsprechenden Abkommens zu ernennen: Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, England, Italien, Litauen, Polen und Schweden. Der Generalsekretär des Bundes teilte mit, daß von Deutschland und Italien auf diese Einladung keine Antwort eingelaufen sei. (Die deutsche Regierung hat inzwischen ihre Delegierten ernannt. Die Red.) Die übrigen Regierungen haben die Einladung angenommen und ihre Vertreter ernannt. Die Aufnahme-suche Estlands, Letlands und Litauens

wurden der entsprechenden Kommission überwiesen.

Die Herrschaft der Gewalt.

Kämpfe mit Banditen.

Die Rette von Gewalttaten in Oberschlesien hat sich um ein weiteres Glied vermehrt. Im polnischen Eichenau erschienen drei Banditen bei der Witwe Botenbreiter und verlangten mit vorgehaltenem Revolver Geld. Die Hausbewohner rotteten sich auf Hilferufe zusammen und machten Miene, gegen die Banditen vorzugehen. Diese hielten jedoch die Leute durch fortwährende Schreckhüffe in Schach und zogen sich zurück. Die Apo in Bogutschin rückte in Stärke von 15 Mann nach Eichenau, um die Banditen einzufangen. Dort wurde sie plötzlich von einem mörderischen Feuer überschüttet. Die Banditen gingen zum Angriff gegen die Apo vor. Da die Uebermacht zu groß war, mußte sich die Apo zurückziehen. Der zuständige Militärbefehlshaber ordnete das Anrücken von zwei Tausend nach Eichenau an. Ferner wurden aus Myslowitz und Kattowitz Apobeamte als Verstärkungen nach Eichenau geschickt. Als die Mannschaften in Eichenau eintrafen, umzingelten sie das Nübernest, und es entwickelte sich ein regelrechtes Gefecht, in dessen Verlauf zwei Banditen erschossen wurden. Die Nüber verließen, als die Lage zu kritisch wurde, ihren Schlupfwinkel. Die Besatzungstruppen und Apo nahmen die Verfolgung auf.

Die Maßnahmen der J. A. N.

Die J. A. N. hat in einer Dienstnote an die ihr unterstellten Polizeikräfte angeordnet, daß zur Bekämpfung des Bandenwesens stets eine Kampftruppe französischer Alpenjäger unterhalten werde, die erforderlichenfalls mit dem zuständigen Polizeiaufgebot in den Kampf gegen das Verbrechertum eingreifen kann. Zu diesem Zweck ist ein Kontingent, welches bei der Apo in Kattowitz bereit steht, anzufordern. Bei dem in Eichenau vorgekommenen Zwischenfall hat sich diese Maßnahme bewährt.

Die Nachwirkungen der Nordtat.

Verbot des Uniformtragens.

Auf Grund des Art. 48 der Verfassung hat der Reichspräsident eine Verordnung erlassen, nach der das unbeschränkte Tragen der Militäruniform nur den Angehörigen der Wehrmacht gestattet ist. Ehemalige Angehörige der bewaffneten Macht, denen die Berechtigung zum Tragen der Militäruniform verliehen worden ist, dürfen hiervon bis auf weiteres nur aus besonderen Anlässen Gebrauch machen, die der Reichskanzler bestimmen wird.

Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafen von 500 bis 10000 Mark bestraft und haben den Verlust der Berechtigung zum Tragen der Uniform zur Folge. Wer Militäruniform trägt, ohne daß ihm die Berechtigung hierfür verliehen worden ist, oder nachdem er dieser Berechtigung gemäß Absatz 1 verlustig gegangen ist, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

Aufhebung des Belagerungszustandes.

Durch eine weitere Verordnung ist der Belagerungszustand in Mitteldeutschland mit Wirkung ab 1. September aufgehoben worden. Ferner berichten Berliner Blätter, daß schon in den nächsten Tagen ein neues Verbot des Reichswehrministers und Innenministers bevorstehe, das den Angehörigen der Reichswehr und Schutzpolizei ein für allemal jede Beteiligung an nationalitätlichen Feiern und Versammlungen verbietet und im Falle der Nichtbefolgung dieses Verbots mit der sofortigen Entsendung aus der Reichswehr bzw. Schutzpolizei droht. Auch Musikkapellen der Reichswehr ist es verboten, bei nationalitätlichen und einen Parteicharakter tragenden Feiern zu spielen. — Ob auch Lannenberg- und Sedanfeiern als „nationalitätliche“ Feiern im Sinne dieser Verordnung gelten sollen?

Das Reichsministerium des Innern hat nunmehr die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August erlassen. Der Preuss. Minister des Innern hat sie sogleich mit entsprechenden Anweisungen zum Einschreiten nach Maßgabe der Bestimmungen den Landes- und Ortspolizeibehörden zugehen lassen.

Eine Rundgebung der Demokratie.

Die Zeitung der Deutschen Demokratischen Partei veröffentlicht eine Rundgebung.

die sich gegen die verbrecherische Debe von rechts und links richtet, die seit anderthalb Jahren gegen die Republik und die Demokratie geleitet wurde. Die Demokratische Partei sei berufen, alle Volksgenossen in der Treue zur Demokratie, zur Republik und zur Verfassung zusammenzuführen. Der neue Aufruf der Reichsregierung habe die notwendigen Mittel dafür an. Die Demokratische Partei trete mit voller Kraft hinter die verfassungsmäßige Regierung.

Die Stellungnahme der Bayern.
Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz, das Organ der weitest stärksten Regierungspartei Bayerns, nimmt zu der Verordnung der Reichsregierung Stellung und erklärt, daß dieser Erlaß den unverkennbaren Stempel eines Ausnahmegeretzes zum Schutze der politischen Tätigkeit einer ganz bestimmten Richtung trägt. Nach zweijähriger republikanischer Regierungsweltweite solle nun in Deutschland die Republik dadurch gesichert werden, daß unter geistlicher Führung der Sozialdemokratie ein umgekehrtes Sozialistengesetz geschaffen wird. Es habe den Anschein, als ob die Verordnung eine besondere Spitze gegen Bayern habe. Wörtlich heißt es zum Schluß:

„Ohne daß es die Reichsregierung für nötig befunden hat, vor Erlaß einer so tief einschneidenden Verordnung mit den Landesregierungen in Verbindung zu nehmen, wird hier rücksichtslos gegen den föderativen Grundgedanken der Reichsverfassung verstoßen. Es darf wohl gehofft werden, daß wenigstens die bayerische Regierung ihrem Befremden über das Vorgehen des Reiches Ausdruck geben werde.“

Die offiziöse „Bayerische Staatszeitung“ kommt in einer kurzen Kritik der Verordnung zu folgendem Urteil: Kein Mensch verkenne die ungemein schwierige Stellung der Reichsregierung. Von ihr vor allem Unparteilichkeit und Umsichtigkeit gerade in einem so kritischen Augenblicke zu verlangen, sei das gute Recht des Staatsbürgers einer demokratischen Republik. Wolle sie den Bürgerkrieg und den Untergang des Staates vermeiden, so werde sie keinesfalls auf den Druck von rechts den Radikalen von links zuviel Spielraum gewähren dürfen.

Beisetzung Erzbergers.

Reichstanzlerrede am Grabe.
Mittwoch fand die feierliche Beisetzung Erzbergers unter sehr großer Beteiligung in Wiberach statt. Zahlreiche Regierungsvertreter mit dem Reichstanzler Dr. Wirth, den württembergischen Ministern Graf, Holz und Plesching an der Spitze, und viele Parlamentarier, besonders des Zentrums, waren zu der Feier in Wiberach erschienen. Nach dem Requiem in der Stadtkirche wurde Erzberger in der von der Gemeinde Wiberach errichteten Ehrengrabstätte beigesetzt. Im Anschluß an die kirchlichen Formalitäten ergriff Reichstanzler Dr. Wirth das Wort, um die Verdienste Erzbergers um das Reich und die deutsche Einheit zu würdigen und erneut Erzbergers ungeheure Arbeitskraft und seine Verdienste um die allgemeine Sache zu betonen, wobei er die Hoffnung aussprach, daß die Nachwelt den Verblicheneren gerecht einschätzen möge, als es ein Teil der heutigen Gegenwart tue. Der Reichstanzler richtete einen Appell zur Einigung an alle Volksgenossen. — An die Worte des Reichstanzlers schlossen sich noch mehrere Ansprachen, Kranzniederlegung und Chorgesang.

Die Suche nach den Mördern.

Ueber die Untersuchung in der Verfolgung der Mörder Erzbergers wird amtlich mitgeteilt: Es handelt sich um zwei Personen, die für die Täterschaft in Frage kommen. Der eine ist ein größerer Mann, 25 bis 30 Jahre alt, mit blondem, stehendem oder zurückgestrichenem Haar, mit kleinem Schwanzbart und finstern Gesichtsausdruck. Er trägt Anzeiger, Sportanzug, der teils als schwarzgrau, teils als rot-schwarz bezeichnet wird, ferner Sportstrümpfe, er geht stets ohne Hut und trägt am linken Ohr oben ein kleines Hestplaster. Der zweite Täter wird als kleiner Mann geschildert mit dunklem Haar, Sportanzug, ebenfalls Sportstrümpfen und soll auch ohne Hut sein. Einer der beiden soll einen Umhang seitlich am Lederrücken oder am Gürtel des Rocks getragen haben.

Beide wurden vor der Tat von verschiedenen Kurpfälzern in Bad Griesbach beobachtet, denen auffiel, daß sie sich öfter beim Kurhaufe vor den Fenstern Erzbergers aufgehalten haben. Die Untersuchung hat bisher schon Anhaltspunkte geliefert, in welcher Richtung sich die beiden entfernt haben. Am Tatorte wurden mehrere Patronenhülsen sowie eine unabgeschossene Patrone gefunden. Die Munition war von zwei verschiedenen Kalibern.
Der Sektionsbesuch in der Leiche Erzbergers stellt zwei Kopfschüsse, einen Brustschuß mit Verletzungen beider Lungenflügel, einen Schuß durch den linken Oberarm und den Bauch, sowie zwei unerhebliche Schüsse fest.

Im Verlauf der Verfolgung der Mörder Erzbergers wurde bereits eine ganze Anzahl Verhaftungen vorgenommen, die meisten der jungen Leute mußten aber wieder freigelassen werden. Ob sich der gegen Oltwig von Hirschfeld bestehende Verdacht aufrecht erhalten läßt, unterliegt zurzeit eingehender Nachprüfung. Bis zur völligen Aufklärung bleibt v. Hirschfeld im Berliner Polizeipräsidium in Haft. Die Ermittlungen der Berliner Polizei erstrecken sich, ab-

gesehen vom Falle Hirschfeld, noch nach den verschiedensten anderen Richtungen; so werden u. a. zwei Spuren verfolgt, die nach außerhalb führen, die eine nach dem Harz, die andere nach Thüringen.

Wechsel in der preussischen Regierung.

Eintritt der Sozialdemokraten?
Das „Berliner Tageblatt“ weist darauf hin, es sei nicht unwahrscheinlich, daß noch vor dem Zusammentreten des Landtages am 28. September die Frage der Umbildung des preussischen Kabinetts durch Hinzuziehung der Sozialdemokratie von neuem akut werde. Der preussische Ministerpräsident Stegerwald habe gelegentlich seiner Anwesenheit beim Katholikentag in Frankfurt a. M. darüber eine eingehende Aussprache mit dem Reichstanzler Dr. Wirth und anderen führenden Politikern des linken Zentrumskreises gehabt.

Diese Meldung wird von gutunterrichteter Seite bestätigt. Es haben in der Tat in der letzten Zeit Verhandlungen stattgefunden, die einer Annäherung der Sozialdemokratie an die maßgebenden Regierungskreise zum Zwecke eines Eintritts der Partei in die preussische Regierung galten. Die Verhandlungen werden noch weiter geführt. Jedoch kann schon jetzt angenommen werden, daß sie ein Ergebnis zeitigen werden. Man wird also damit rechnen müssen, daß noch vor dem Zusammentritt des deutschen Landtags, also noch im Laufe dieses Monats, das preussische Kabinett durch das Eintreten von Mitgliedern der Sozialdemokratie vergrößert werden wird. Welche Ministerien durch Sozialdemokraten besetzt werden, und in welcher Form im einzelnen die Umbildung erfolgt, darüber läßt sich zurzeit Näheres noch nicht mitteilen.

Der deutsche Katholikentag.

Die römische Frage.
Nach der Wahl des Vorstandes der Tagung hielt Geheimrat Dr. Porsch, der 2. Vizepräsident des Preussischen Landtags, das erste Referat über die römische Frage. Er forderte die Wiederherstellung der Souveränität des Heiligen Stuhles. Eine Resolution in diesem Sinne nahm die Verammlung an.

Die Ansprache des päpstlichen Nuntius.
Der päpstliche Nuntius Pacelli führte aus: „Die Arbeit der deutschen Katholiken ist derart, wie sie kaum von einem anderen Lande geleistet wird. Wohl nie hat die Welt den Frieden nötiger gehabt als heute. Die unchristliche Lehre vom Klassenkampf ist ungeeignet für den Wiederaufbau. Ich bitte Sie, gehen Sie nicht auseinander, ohne ein Wort des Friedens und der Liebe in die christliche Welt hinausgerufen zu haben.“ — Bischof Kilia von Limburg, der nach dem Nuntius sprach, forderte absolute Freiheit der Kirche, während Staatsminister a. D. v. Seidlein sich über ein mehr weltliches Thema „Deutschlands Not und die Katholiken“ verbreitete. Ueber Jugendfürsorge und Jugendzucht sprachen Kaplan Auchen und Jesuitenpater Eich, aber Missionsfragen Graf Stolberg, Stolberg und Bischof Penneman. In einer Entschließung wurde die Wiederherstellung der deutschen Mission gefordert.

Die Schuld am Kriege.

Besonderes Interesse verdient eine Entschließung des Katholikentages, die sich mit der Kriegsschuld beschäftigt. Es heißt darin:

„Die in Frankfurt vereinigten Katholiken Deutschlands erachten es als ihre Pflicht, im Geiste wahrhaftiger Nächstenliebe an der Verständigung mit allen Völkern mitzuarbeiten, wenn auch die Glaubensgenossen der einst feindlichen Länder davon abgehen, die Schuld an der Entstehung und Führung des Weltkrieges — für deren Abwägung es in der Gegenwart ein objektives weltliches Gericht nicht gibt und geben kann — einseitig auf den Besiegten abzuwälzen.“

Nach längeren Referaten über „Familie und Schule“, „Not der Wissenschaft“ und die Bedeutung Dantes legte die Versammlung einstimmig folgendes Bekenntnis zum Vaterlande ab:
„Wir wollen stolz bewahren das Erbe deutschen Wesens, das Erbe deutscher Schaffenslust und selbstbewußter Arbeit, das Erbe treuen Gottesglaubens und christlicher Lebensfülle.“

Ende des Katholikentages. Für die kürzlich gestorbenen Mitglieder des katholischen Zentralkomitees — Trimborn und Hige — wählte der Katholikentag in das Zentralkomitee den Geh. Justizrat Karl Bahem-Wöln und den Abgeordneten Dr. Feld-Regensburg. Nachdem ein Geistlicher aus Bessarabien erschütternde Mitteilungen über die entsetzlichen Qualen, die die deutschen Kolonisten am Schwarzen Meer und im Wolgagebiet zu erleiden haben, gemacht hatte, hieß die Versammlung eine Entschließung aus, in der es heißt:

„100 000 Glaubens- und Stammesgenossen, die seit 150 Jahren in jenen Gebieten als Kolonisten sich niedergelassen und mit der Religion ihr Deutschtum unverfehrt erhalten haben, sind zum Untergang verurteilt, wenn ihnen nicht schleunigst durch Abwanderungsmöglichkeit oder materielle Hilfe ein letzter Ausweg gezeigt wird.“
Die nächste Tagung soll auf Grund einer Einladung des Kardinals Faulhaber 1922 in München stattfinden.

Deutsches Reich.

Ergebnislose Verhandlungen über die Heutenerhöhung der Kriegsoopfer. Im Reichsarbeitsministerium lauden Vespredungen von Regierungsvertretern mit Beauftragten der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenorganisationen statt, um in Ausgleich der neu eingetretenen Teuerung einer Erhöhung der Renten für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen zu erreichen. Da eine Einigung zwischen Regierungsvertretern und den Organisationen über die Höhe des Teuerungszuschlages nicht zu erzielen war, soll eine Entscheidung des Kabinetts über diesen Punkt herbeigeführt werden.

Der 2. Evangelische Kirchentag findet am 11. September in Stuttgart statt. Die Hauptarbeit wird die Begründung des „Deutschen Kirchenbundes“ und die Beratung seiner Verfassung sein; in diesem Bunde sollen die deutschen Landeskirchen bei Erhaltung ihrer Selbstständigkeit für gemeinsame Vertretung, besonders den ausländischen Kirchen und den staatlichen Instanzen gegenüber zusammengeschlossen werden. Wenn dann die neue Aufgabe besprochen wird, die der Kirche dem religionslosen Staate gegenüber erwächst, so darf man hoffen, daß die Kundgebung der Verantwortlichen in der Kirche die unverantwortlichen Versuche derer unterdrücken werde, die die Kirche zum Sturmbaum gegen den modernen Staat machen wollen. Von besonderem augenblicklichem Interesse werden die Verhandlungen über Kirche und Schule werden. Der Kirchentag wird, da eine größere Kundgebung im April im besetzten Worms unmöglich war, eine nachträgliche Lutherfeier veranstalten, bei der auch die skandinavischen Kirchen vertreten sein werden und der Erzbischof Soederblom aus Upsala reden wird.

Freigabe von Bismarcks drittem Band. Kaiser Wilhelm der Zweite hat unter Verzicht auf den jüngst noch vom Kammergericht anerkannten urheberrechtlichen Schutz den Abdruck der von ihm und Kaiser Friedrich verfaßten Briefe in dem im Verlage Cotta erscheinenden dritten Bande der „Gedanken und Erinnerungen“ gestattet. Er hat sich bei diesem Entschluß von dem Bedanken leiten lassen, daß Bismarcks nachgelassenes Werk dem deutschen Volke nunmehr nicht länger vorenthalten bleiben solle. Der Verlag Cotta hat eine namhafte Summe für vom Kaiser zu bestimmende wohltätige Zwecke zur Verfügung gestellt.

Eine neue polnische Mordtat. In Lipine ist der Bürgermeister von Lipine Dr. Hössner, als er sich in seine Wohnung begab, von drei unbekannten Männern verfolgt und am Eingang seiner Wohnung durch drei Schüsse getötet worden. Die Täter sind unerkannt entkommen. Dr. Hössner ist als hervorragender Führer in der Deutschenbewegung in Oberschlesien bekannt und errent sich allgemeiner Beliebtheit. Er hat sieben Jahre lang das Amt als Bürgermeister in Lipine versehen. Auch in Eichenau wurden polnische Brutalitäten verübt. Dort hatten zwei Kriminalbeamte aus Kattowitz im Auftrage der Staatsanwaltschaft eine Vernehmung vorzunehmen. Nach Eröffnung der Vernehmung, zu der der Beschuldigte erschienen war, kam ein Halleroldat und mit ihm gleichzeitig 12 bis 15 andere junge Leute ins Zimmer. Der Halleroldat wies den Beschuldigten aus dem Zimmer und die übrigen stiegen über die beiden Polizeibeamten her, die aufschwerfte mit Gummiknüppeln behandelt wurden. Mit vieler Mühe konnten die beiden Polizeibeamten aus Eichenau flüchten. In Kattowitz mußten sie sich in ärztliche Behandlung begeben.

Wie die Redaktion der „Deutschen Zeitung“ mitteilt, wurde ihr auf Anfrage beim Reichspressechef, Ministerialdirektor Müller, betreffend Verbot der Zeitung erklärt, daß das Verbot nicht wegen eines bestimmten Artikels, sondern „wegen der gesamten Tendenz des Blattes“ erfolgt ist.

Nach Mitteilung des Gleiwitzer Kreis-kontrolleurs wird der Belagerungszustand in Oberschlesien erst aufgehoben, wenn die Kommissare der interalliierten Mächte wieder in Oppeln eingetroffen sind.

Die Unterschlagung: agen beim Ein- und Ausfuhramt in Gms sind bisher auf vier Millionen Mark festgestellt worden. Einer der Haupttäter namens Wellin ist seit einigen Wochen flüchtig. Er soll sich in Frankreich aufhalten.

Nach Ablauf seiner Festungshaft ist Stadtrat und Landtagsabgeordneter Ernst Radisch (Komm.) wieder in Augsburg eingetroffen. Er wird, wie verlautet, nunmehr seine Tätigkeit im Augsburger Stadtrat und im Bayerischen Landtage wieder aufnehmen.

Ausland.

Deutsch-Oesterreich.

Die ungarisch-österreichischen Grenz-kämpfe. Gegen die Uebergabe Deutsch-Weit-ungarns an Deutsch-Oesterreich haben sich die ungarischen Truppen mit bewaffneter Hand gewehrt und es ist zu Gefechten mit der einrückenden österreichischen Gendarmerie gekommen. Die Hauptstadt Dedenburg befindet sich noch immer in den Händen der Ungarn, die die Stadt nicht an Oesterreich übergeben. Bei den Kämpfen gab es einige Tote auf beiden Seiten. Die österreichische Regierung hat einen Protest an die Interalliierte Kommission und an die Völkervereinigung gerichtet und die Entsendung von Truppen nach Weitunaarn

verlangt. Eisenstadt befindet sich in den Händen der Oesterreicher. Von ungarischer Seite wird erklärt, daß man die zweite Zone des Reiches noch nicht freigegeben habe, weil Oesterreich erst eine Garantie für die Erfüllung der finanziellen Forderungen Ungarns geben müsse und weil die Jugoslawen das Gebiet von Künstirchen noch nicht vollkommen geräumt haben. In Wien erwartet man das unverzügliche Eingreifen der Entente. Es soll ein Uebereinkommen zwischen Oesterreich und den Ententemächten bestehen, wonach letztere für den Fall gewaltsamer Behinderung der Uebergabe beschlossenen Truppen aus Ober-Schlesien nach Weitunaarn zu entsenden, um die Achtung des Friedens von Trianon zu erzwingen.

Irland.

Die Wirren in Irland. Bei den letzten Kämpfen zwischen Sinnfeinern und Usterleuten in Belfast wurden acht Personen getötet und 54 verwundet. In den Straßen wurden Sandackbarricaden errichtet. In den Hauptstraßen patrouillierten Panzerwagen. — Belfast war außerdem auf kurze Zeit durch den Eisenbahnstreik vollkommen vom übrigen Irland abgeschnitten.

Trotz der Anstrengungen Thomas, den Generallstreik der Eisenbahner zu vermeiden, ist die Arbeit bei der irländischen Eisenbahngesellschaft eingestellt worden. Grund hierfür ist, daß die Direktion der Gesellschaft beschloß, von ihren Arbeitern den zehnstündigen Arbeitstag zu verlangen. Für die Verschärfung der irischen Lage ist bezeichnend, daß 20 Sinnfeiner, die in Spike-Island interniert sind, mit dem Hungerstreik begonnen haben. Sie verlangen, in Freiheit gesetzt zu werden, da sie durch ein Militärgericht verurteilt wurden. Da das Verlangen abgelehnt wurde, haben weitere 400 Gefangene mit dem Hungerstreik begonnen.

Rußland.

Wer konterrevolutionär ist, darf nicht helfen! Das Allrussische Hilfskomitee für die Opfer der Hungersnot ist von der Sowjetregierung aufgelöst worden, da es trotz der Weigerung der Sowjetregierung, den Mitgliedern des Komitees die Reiseerlaubnis zu bewilligen, auf der Reise bestand. Die Räteregierung erklärt, sie habe eine Beteiligung der Delegation an konterrevolutionären Umtrieben im Auslande befürchtet. — Die Befürchtungen um die geliebte Sowjetherrschaft mit den fetten Früchten für ungezählte „Volk“kommissare sind also größer, als die Sorge um das hungernde und sterbende Volk.

Georgien.

Ein Vertrag zwischen Georgien und der deutschen Industrie. Vertreter der Republik Georgien haben mit einem deutschen Konsortium einen Vertrag geschlossen, wonach die deutsche Gruppe Konzessionen erhält zur Ausbeutung der Wälder Georgiens. Die Konzessionen laufen 40 Jahre. Die Deutschen verpflichten sich, Fabriken mit mindestens 300 000 P. S. für Holzbearbeitung, Fabrikation von Parkettböden und Holzwohle anzulegen. Der Staat erhält 15 bis 20 Prozent der Produktion und nach Ablauf der Konzessionen gehen die Fabriken in georgischen Besitz über.

Türkei.

Beginnender Rückzug der Griechen. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die Griechen sollen mit der Räumung von Estschehir begonnen und die Stadt in Brand gesteckt haben. Auch am Sakaria wurden die Griechen geschlagen. Nach den letzten Berichten hat eine griechische Kolonne, die die Türken dort umzingeln wollte, ihre Absicht infolge des starken türkischen Widerstandes aufgeben müssen.

Nordamerika.

Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein? „New York Herald“ meldet aus Washington, es länden schon Besprechungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Vertretern der Alliierten über die Zurückziehung der amerikanischen Truppen am Rhein statt.

Entgegen anderen Informationen verlautet, daß von der Einberufung der französischen Kammer für den 10. oder 14. Oktober keine Rede sein kann. Man erklärt in der Präsidentschaft, daß bis jetzt noch kein Datum für den Zusammentritt der Kammer festgelegt worden ist.

Während der Septemberberatung des Völkerbundsrats wird Litauen einen Antrag betreffend seine Zulassung zum Völkerbunde stellen. Dieses Verlangen Litauens wird in der polnischen Presse als eine „maßlose Frechheit“ bezeichnet.

Die Anzahl der Arbeitslosen in England hat sich in der letzten Woche um 6400 verringert.
Der amerikanische Marinestaatssekretär Derby hat erklärt, daß nach dem Unfall des „Z. R. 2“ Amerika keine größeren Luftschiffe mehr in Auftrag geben wird.

Der Sonderfrieden zwischen Amerika und Ungarn ist vom Minister für auswärtige Angelegenheiten, Graf Bauffu, und von dem amerikanischen Oberkommissar, Grand-smith, unterzeichnet worden.

Ein Opfer verbrecherischer Hypnose.

Zu diesem merkwürdigen Kapitel weiß der Lindauer Polizeibericht folgende interessante Einzelheiten zu berichten:

Am 5. August 1921 nachmittags meldete sich im Rathause in Lindau ein Mann, welcher

schäftigung in einem Büro suchte und hierbei angab, er wisse nicht mehr, wie er heiße und könne sich überhaupt an nichts aus seiner Vergangenheit erinnern.

Im Laufe der Vernehmung zeigte sich, daß der Unbekannte jede Erinnerung für die Zeit vor dem 24. Juni verloren hatte. An diesem Tage ist er nach seiner Angabe in Zinnenstadt aus dem von Rempten kommenden Schnellzuge ausgestiegen, über Souhofen, Oberisdorf und dann nach Birgden über den Schropfenpaß nach Lech gewandert. Unterwegs hatte er bereits bei einem Bauern als Heuer gearbeitet. Am 27. Juni wollte er sich in Lech ebenfalls als Knecht verdingen, wurde dort jedoch von der Gendarmerie festgenommen und nach Bludenz verbracht. Dort wurde er im Krankenhaus verpflegt und im Rathaus zu Kanzleiarbeiten verwendet. Als die Ermittlungen, welche von der Bezirkshauptmannschaft Bludenz eingeleitet wurden, ohne Erfolg blieben, wurde der Unbekannte, da nach seinem Dialekt anzunehmen war, daß er Reichsdeutscher sei, an die Grenze nach Lindau überstellt.

Nachdem im Laufe der Vernehmung der Verdacht aufstieg, daß der junge Mann durch Hypnose in einen Dämmerzustand versetzt und seiner Erinnerung beraubt worden sei, wurde noch am gleichen Abend der in Lindau ansässige Nervenarzt Dr. Sp. zugezogen, welcher ihn in Hypnose versetzte und in die Zeit vor dem 24. Juni zurückführte. Im Laufe der ersten Hypnose gab er an, er heiße Wilhelm Weber, sei aus Düsseldorf und sei von Herne aus mit einer Frauensperson gereist. Diese habe ihm seine Briefstasche mit über 2000 Mark, sowie sein Gepäck abgenommen und ihn veranlaßt, nach Zinnenstadt zu reisen und sich von dort aus über die Grenze zu begeben.

Die Unklarheit seiner Angaben in der ersten Hypnose legten den Verdacht nahe, daß die im hypnotischen Zustande angegebenen Personalien möglicherweise falsch und ihm durch suggestive Einwirkung beigelegt worden waren. Dieser Verdacht bestätigte sich, als am folgenden Morgen dem angebliehen Wilhelm Weber die in der Hypnose gemachten Angaben nochmals wiederholt wurden. Hierzu erklärte er immer wieder, er sei nicht Wilhelm Weber, denn an diesen Namen könne er in seiner Erinnerung nicht anknüpfen. Das inzwischen auch am Tage vorher nach Düsseldorf ausgegebene Telegramm war ohne Erfolg.

In den am 6. August vorgenommenen zwei hypnotischen Sitzungen stellte sich nach Ueberwindung eines anfänglichen Widerstandes, der sich später als Einwirkung der früheren Hypnose durch die Frauensperson erwies, heraus, daß der Unbekannte auf einer Eisenbahnfahrt, die er als Metallwarenfabrikant in Rheinlande unternommen hatte, von einer Frau im Alter von etwa 40 Jahren mit dem Typus einer Italienerin oder Zigeunerin, welche schon durch ihr fremdländisches Aussehen und ihren stehenden Blick besonders auf ihn wirkte, in Hypnose versetzt worden war. Daß diese Person mit der Technik der Hypnose eingehend vertraut war, beweist nicht nur die Art und Weise, wie sie die Hypnose herbeiführte, sondern auch ihre folgenden Anordnungen. Sie löschte suggestiv die Persönlichkeitsbezeichnungen ihres Opfers und gab ihm anknüpfend an den aus seinen Papieren bekannten Anfangsbuchstaben den Namen Wilhelm Weber aus Düsseldorf, besorgte ihm eine Fahrkarte nach Zinnenstadt und setzte ihn nach vollendeter Verabredung durch hypnotischen Befehl auf den gewünschten Reiseweg.

Die Persönlichkeit des Unbekannten festzustellen, gelang erst, nachdem Dr. Sp. ihn im Geiste in seine Schuljungenzeit zurückführte und ihn auf dem Wege von der Schule an das Haus seiner Eltern begleitete.

In der Hypnose las er auf Befragen, Heimkehrend vom Schulweg von dem an der Etage-türe befestigten Schilde den Namen seines Vaters und gab nun an, daß sein Vater Rüstfabrikant Gustav Werner in Köln-Braunsfeld sei. Weiter befragt, wie ihn seine Mutter mit Vornamen rufe, nannte er nun auch seinen wirklichen Vornamen Walter. Nun konnte auch seine Geburtszeit (11. September 1901), sowie alles weitere aus ihm herausgeholt werden, was zur Feststellung seiner Persönlichkeit und zur Aufklärung des Falles noch notwendig war.

Auf ein Telegramm an seine Eltern und an die Polizeidirektion Köln kamen am nächsten Tage (Sonntag) abends bereits die beiden Eltern des Walter Werner hier an, welche erfreut über die Auffindung ihres Sohnes waren, der bereits seit 22. Juni vermißt war und nach Feststellung eines Privatdetektivs, dem die Eltern einen größeren Betrag ausgezahlt hatten, in der französischen Fremdenlegation befinden sollte.

Die weitere Aufklärung des Falles in weiteren hypnotischen Sitzungen ergab, daß die Hypnose bei dem völlig gesunden Mann nur dadurch möglich war, daß er durch ungenügende berufliche Tätigkeit, sowie infolge Schlafmangels sich in einem außergewöhnlichen Ermüdungszustande befunden hatte.

Während der Vater des Werner bereits am nächsten Tage nach Köln wieder zurückreiste, bestand sich dieser noch einige Tage hier in ärztlicher Behandlung und konnte am 17. August 1921 mit seiner Mutter ebenfalls wieder nach Hause abreisen.

Heimliches.

Nastätten, 2. September 1921.

— Bekämpfung der Feldmäuse. Infolge der anhaltenden Trockenheit haben sich die Feldmäuse

derart stark vermehrt, daß sie in zahlreichen Gegenden des Landes zur Landplage geworden sind. Die Feldmäuse haben bereits im Laufe des Jahres große Schädigungen an den Kulturgewächsen, besonders am Getreide verursacht. Sie werden nunmehr nach der Aberntung und dem Umbruch der Getreide- und sonstigen Stoppelfelder über die Kartoffeln und Rüben als die einzige, für sie zurzeit noch vorhandene Nahrungsquelle, später auch noch über die Saaten scharenweise herfallen. Es ist daher an der Zeit, planmäßig und mit Nachdruck an die Bekämpfung der Feldmäuse heranzutreten. Hierzu darf kein Mittel unerprobt bleiben, das zur Vertilgung der Schädlinge geeignet erscheint. Die in Betracht kommenden giftigen Mittel (Styrchnin-getreide, Baryumbrot, Phosphorbrot), sind in den Apotheken zu haben. Zur Anwendung des Giftkornes gegen Feldmäuse werden zunächst auf einer Feldmark alle Mäuselöcher zugetreten und den darauffolgenden Tag in jedes neu entstandene Loch mittels eines Löffels mit ca. 20 cm langem Stiel ein gehäuftes Teelöffel voll Giftgetreide möglichst tief eingetragen und das Loch dann durch Zutreten oder Verschütten mit Erde geschlossen. Nach 5-8 Tagen wird dieselbe Prozedur bei allen sich wieder eingefundenen Mäuselöchern vorgenommen.

• Braubach, 2. Sept. Am gestrigen Tage waren es 50 Jahre, daß Herr Schlossermeister Daniel Arbächer das Amt eines Schmeisters versieht und zwar nicht nur für unsere Stadt, sondern auch für die Gemeinden des Kreises. — Herr Buchhalter August Meschede feiert gestern sein 25jähriges Jubiläum als Beamter der Vei- und Silberhütte.

• Hahnstätten, 31. Aug. Auch ein Zeichen der Zeit! Zu einem Brand in Oberneifen am Sonntagabend wurde auch die Feuerspritze in Hahnstätten in Bewegung gesetzt. Es fehlte aber, um sie an den Brandort zu schaffen, an gespannten; trotz aller Bemühung des Bürgermeisters Reichel weigerte sich jedermann einzuspannen. So blieb nichts anders übrig, als daß die Feuerwehr selber Hand anlegte und die Spritze an Ort und Stelle schaffte. Man kann sich an Zeiten erinnern, wo in einem solchen Falle jeder Pferdebesitzer sich eine Ehre daraus machte, als erster bei der Hand zu sein. Freilich — die Zeiten haben sich geändert!

• Bad Ems, 2. Sept. Der Stadt Ems hat der verstorbene Geh. Sanitätsrat Dr. Volle eine Stiftung in Höhe von 140000 Mark zuerichtet, die jetzt nach dem Abschluß des Friedens mit Amerika zur Auszahlung gelangt. Von der Summe muß die Stadt eine Erbschaftsteuer von 70000 Mark entrichten.

• Nassau, 1. Sept. Wie der Nassauer Anzeiger erzählt, ist die Reichsvermögensverwaltung nach wie vor bestrebt, die Verlegung der französischen Garnison von Bad Ems nach Nassau und in Verbindung damit den Bau einer größeren Kaserne in Nassau zu verwirklichen. Zu Herbeiführung einer definitiven Entscheidung soll in nächster Zeit auf Veranlassung der Reichsvermögensverwaltung eine Ortsbesichtigung durch eine zuständige französische Dienststelle stattfinden.

Vermischtes.

• Acht Millionen Mark Schadenersatz für gestohlene Pakete. Die Elberfelder Strafkammer verurteilte einen Postkassierer, der sich seit 30 Jahren im Dienste befand, zu 18 Monaten Gefängnis und erkannte ihm die Fähigkeit zur Bekleidung von Aemtern auf die Dauer von fünf Jahren ab, weil er in der Zeit von 1916 bis 1920 fortwährend Postkräudereien begangen hatte. Bei einer Hausdurchsuchung fand man ganze Warenlager gestohlener Pakete und sonstige Wertgegenstände bei ihm vor. Ein höherer Beamter der Düsseldorf-Oberpostdirektion erklärte in der Verhandlung gegen den Postkassierer, daß Elberfeld ein Hauptherd für Postdiebereien sei. Im Laufe der letzten Jahre sind 10 000 Pakete gestohlen worden und der Postfiskus hat innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Zeit acht Millionen Mark Schadenersatz leisten müssen.

• Ein großer Wald- und Moorbrand wütet seit Wochen in den ausgedehnten Waldungen von Klein- und Groß-Capermoor bei Schnackenberg, dem bisher 400 Morgen Waldbestand zum Opfer fielen. Da der Boden sehr torfreich ist, findet das Feuer immer neue Nahrung. Der Torfsoden brennt bis zu einer Tiefe von drei Metern; bisher ist es noch nicht gelungen, das Feuer Herr zu werden.

• Ein schweres Touristenunglück hat sich, wie erit jetzt in seinen Einzelheiten bekannt wird, im Großglocknergebiet zugegetragen. Am Sonntag vor acht Tagen versuchten zwei Herren — es sollen zwei Wiener Lehrer gewesen sein — führerlos einen Aufstieg zum Großglockner durch die Pallavicini-Kinne. Sie versetzten sich hierbei, und am letzten Dienstag hörte man ihre Hilferufe. Infolge der Ungunst der Witterung war eine Rettung unmöglich. Am vergangenen Mittwoch versuchten abermals vier Touristen die gleiche Besteigung, da sie unterwegs Hilferufe hörten, unternahmen sie auf eigene Faust Rettungsversuche. Bei dieser Gelegenheit stürzte die Touristin Dr. Hansich und der Landwirt Hans Walter aus Jena von der Glognerwand tödlich ab. Eine Bergungs Expedition hatte noch keinen Erfolg.

• Ein schwerer Autounfall hat sich auf der abschüssigen Straße Herrnhut-Rittau

in einer Straßkurve zugegetragen. Als das Auto des Jahrgarzes Dr. Adler aus Emsenbera diese gefährliche Stelle passierte rannte es in voller Fahrt gegen das Bruckengeländer. Das Fahrzeug wurde völlig zertrümmert und die Insassen hinausgeschleudert. Dr. Adler stieg unter dem Geländer hindurch in den über acht Meter tiefer liegenden Bach und trug so schwere Verletzungen davon, daß er sofort nach seiner Einlieferung in das Zittauer Stadtkrankenhaus starb. Frau Adler sowie ihr kleiner Sohn und der Kraftwagenführer erlitten leichtere Verletzungen.

• Wieder eine polnische Mordtat. Am Dienstag wurden in den frühen Morgenstunden auf der Chaussee zwischen Peuke und Bohrau die Leichen von vier Selbstschutzmännern aufgefunden. Die Leichen wiesen Schuß- und Schlagwunden auf. Beamte der Breslauer Kriminalpolizei haben sich sofort an den Tatort begeben, wohn auch von Dels die zuständigen Behörden Sicherheitsbeamte entsandt haben. Es besteht die Vermutung, daß ehemalige polnische Insurgenten als Täter in Frage kommen. Ueber die Persönlichkeiten der Ermordeten ist noch nichts bekannt.

• Reichsgeld und Notgeld. Es ist eine Tatsache, daß die Reichskasse bei weitem nicht die Beträge aus der Einkommensteuer, welche laut Gesetz den Gemeinden zufallen sollen, an die Stadtkassen ausgezahlt hat, deren Bedrängnis dadurch gesteigert worden ist. So hat die Stadt Schönebeck bei Magdeburg darauf hingewiesen, daß sie für das laufende Jahr etwa nur die Hälfte des ihr zustehenden Betrages bisher vom Reiche erhalten hat. Dagegen will das Reich die Ausgabe von städtischem Notgeld untersagen. Es stimmt, daß manche Stadt mit diesem Notgeld ein gutes Geschäft gemacht hat, da viel Notgeld von Sammlern aufgekauft wurde, aber daselbstes Geschäft und einen höheren Verdienst haben schon viele Staaten wahrgenommen, indem sie um des Profits willen neue Markenfertigen drucken ließen. Die Ausgabe von solchem Gelde wird am besten dadurch überflüssig gemacht, daß die Reichsregierung den Stadtkassen das Geld zukommen läßt das diese rechtmäßig zu fordern haben.

• Die Abbrüderung des Steuerabzuges. Der Reichsminister der Finanzen hat durch einen Erlaß angeordnet, daß bei sämtlichen nach dem 31. Juli erfolgenden und erfolgten Lohnzahlungen der einzubehaltende Betrag nicht mehr wie bisher auf volle Mark, sondern auf 10 Pf. nach unten abzurunden ist. Ergab die Steuerberechnung also z. B. einen Betrag von 15,95 Mark, so waren dennoch nur 15 Mark in Ansatz zu bringen. Fortab aber ist als Steuerabzug 15,00 M. einzubehalten und abzuführen. Das zuständige Finanzamt kann jedoch dem Arbeitgeber auf Antrag nach wie vor gestatten, für ständig bei ihm beschäftigte Personen die Steuermarken statt bei jeder Lohnzahlung am Ende eines jeden Monats oder Kalendervierteljahres — spätestens jedoch beim Auscheiden des Arbeitnehmerers aus dem Dienstverhältnis — für den während des entsprechenden Zeitraums einbehaltenen Betrag zu entwerfen und in die Steuerkarte des Arbeitnehmerers einzuflechten.

Aus aller Welt.

— Kriegstelegraphen zu Napoleons Zeiten. Wie schnell wickelt sich doch jetzt der Nachrichtenverkehr ab! Man braucht nur an Telegraph und Telephon zu denken oder auch die neueste Errungenschaft, die drahtlose Telegraphie, um zu erkennen, wie ganz anders auch nach dieser Richtung hin jetzt die Kriege geführt werden. In der Zeit der napoleonischen Kriege war man zur Nachrichtenübermittlung ausschließlich auf Reiter und auf optische Telegraphen angewiesen, die freilich außerordentlich umständlich funktionierten, zumal sie immer erst angelegt werden mußten. Im Jahre 1798 wurde eine optische Telegraphenlinie zwischen Paris, Metz und Straßburg angelegt, die aus mehreren hundert Stationen bestand. Louis Spöhr, der berühmte Violinist und Komponist, schildert in seiner Selbstbiographie einen Besuch des Straßburger Ministers, auf dem ebenfalls eine Telegraphenstation errichtet war, im Jahre 1798. Er und seine Reisegefährten waren sehr verwundert über die Leichtigkeit und Schnelligkeit, mit der der Apparat arbeitete. Jedes Zeichen, das durch Lenktrichter, schräge oder wagerechte Stielung der an einem Gestänge beweglichen Arme gegeben wurde, bedeutete ein Wort. Den Schlüssel zu den Zeichen besaß angeblich nur der Direktor. Spöhr urteilt: „Das Ganze ist sehr sinnreich und macht dem menschlichen Verstand alle Ehre.“ Was würde er wohl heute sagen! Er war eben dabei, wie in Paris angefragt wurde, ob er noch eine Depesche zu erwarten sei. Nach schon acht Minuten kam aus Paris die Antwort zurück: „Es muß ein jeder auf seinem Posten bleiben.“ Die einzelnen Zeichen wurden immer sogleich vom nächsten Telegraphen abgenommen, wie man durch ein Fernglas deutlich beobachten konnte. Bei Nacht und Nebel waren natürlich derartige telegraphische Mitteilungen unmöglich.

Berichtliches.

• Ein Jahr Gefängnis für Dr. Wynedek. Das Urteil in dem Prozeß Wynedek ist jetzt in Rudolstadt gesprochen worden. Dr. Wynedek, der Leiter der freien Schulgemeinde Wickersdorf, war angeklagt worden, unzüchtige Handlungen an jugendlichen Könlinaen seiner Schule vor-

genommen zu haben. Die Verhandlungen fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete entgegen dem Antrag des Staatsanwalts, der zwei Jahre Gefängnis beantragte, auf ein Jahr Gefängnis. Die Verteidiger Wynedeks legten sofort Revision ein.

Handel und Verkehr.

• Neue Briefmarken hoher Werte. Die Reichsdruckerei hat seit einigen Tagen mit der Versendung der neuen Briefmarken zu 5, 10 und 20 Mark an die Postanstalten begonnen. Die neuen Marken sind in Kupferdruck auf weissem, mit dem bisherigen Wasserzeichen der Germaniamarke versehenen Papier hergestellt und sind 21 1/2 x 32 Millimeter Querformat groß. Die 5- und 10-Mark-Briefmarken, die orange bzw. dunkelrote Farbe haben, weisen die Wertziffer 5 und 10 einmal groß in der Mitte und ferner klein in allen vier Ecken des Rechtecks auf. Die große Ziffer in der Mitte ist von einem Kranz umgeben, der die Inschrift: „Deutsches Reich. Fünf Mark“ bzw. „Deutsches Reich. Zehn Mark“ trägt. Die 20-Mark-Briefmarke ist blau getarbt und zeigt eine fliegende Gestalt. Als Inschrift trägt die Marke oben: „Deutsches Reich. 20 M.“

• Möbel-, Haushaltungs-, Ausstattungs-messen werden jetzt in zahlreichen Großstädten veranstaltet. Die dortige Geschäftswelt denkt daran, daß der Oktober der erste Heiratmonat im Jahre ist und daß schon im September fleißig für die künftigen jungen Ehepaare eingekauft wird. Allerdings mit den Wohnräumen in den Städten ist es knapp bestellt, aber auf dem Lande sieht es erheblich günstiger, dort ist manches Gehalt im Sommer von heimischen Maurern wohnlich eingerichtet, und der Hochzeit steht meist nichts im Wege. Darauf sollte auch die Geschäftswelt in Mittel- und Kleinstädten Bedacht nehmen, die ja doch viel engere Beziehungen zur ländlichen Bevölkerung hat, als die Geschäftswelt der Großstädte, und sich die guten und zahlungsfähigen Kunden in den Dörfern nicht von der großstädtischen Konkurrenz fortnehmen lassen sollte. Eine Möbel-, Haushaltungs- und Ausstattungs-messe kann jede einschlägige Firma in den nächsten Wochen in ihren Geschäftsräumen veranstalten, und nach einem Hinweis durch Zeitungsinserte wird es an Zuspruch nicht fehlen. Der Landwirt hat gute Einnahmen gehabt, er hält für seine Kinder auf moderne Einrichtungen. Die machen mehr Freude, als die Verfeinerung des Verdienstes durch neue Abgaben.

• Maul- und Klauenseuche. Von sachverständiger Seite wird uns geschrieben: Im Vorjahre hatte die Maul- und Klauenseuche am 15. Oktober ihren Höchststand erreicht. Bis Mitte Mai war sie in stetigem Sinken begriffen. Inzwischen ist aber eine neue Steigerung eingetreten, so daß jetzt schon der Stand vom 30. April 1921 annähernd erreicht ist. Wenn damit auch im Vergleich zum Höchststand der Umfang der Seuche als gering bezeichnet werden kann (15 Proz.), so ist die Neuzunahme schon darum beachtlich, als der Viehstand sowieso unter der Dürre schon schwer zu leiden hat. Besonders stark ist die Maul- und Klauenseuche in Pommern und Bayern neu aufgetreten. Im Regierungsbezirk Köslin sind vom 15. bis 31. Juli 818, im Regierungsbezirk Stettin 236, in Schwaben 154, in ganz Bayern 236 neu verzeichnete Gehöfte aufzuweisen.

• Die neuen Verkehrsstarife. Post und Eisenbahn sollen bekanntlich angeblich infolge der neuen Gehaltssteigerungen, abermals teurer werden. Es soll zwar noch „gnädig“ abgehen, aber man weiß schon, wie das geht, wenn A gesagt ist, so muß auch B folgen. Daß die Tarifsteigerung bei der Post für die Geschäftswelt unerträglich wird, ist nicht zu bestreiten, und man sollte nach einer Milderung für den Geschäftsbrief, der im Handelsverkehr unvermeidlich ist und nicht auf die „nächste Gelegenheit“ nach Wochen und Monaten verschoben werden kann, suchen. Es ist eine gerechte Forderung, die auch dem Publikum indirekt zugute kommt. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Früher war die Postkasse eine Kleinigkeit, heute nimmt sie eine sehr respektable Stellung in dem Unkostenkonto ein.

• Die Fortsetzung der Amerikahilfe. Das nordamerikanische Central Relief Committee bereitet, gemeinsam mit Amerikanern deutscher Abstammung und den Quäkern, einen neuen Werbefeldzug vor, um für die Fortsetzung der Kinderreisen in Deutschland drei Millionen Dollar unter den Deutsch-Amerikanern auszubringen. Das ganze Land wird in Distrikte eingeteilt und jedem Distrikt eine bestimmte Quote nach der Dichtigkeit seiner Bevölkerung zugewiesen. Die Deutsch-Amerikaner aus dem Staate Connecticut haben als erste ihren Anteil im Betrage von 50 000 Dollar bereits garantiert. Ein Bazar der Wohltätigkeits-Bazar-Vereinigung in Milwaukee erzielte eine Brutto-Einnahme von 189 000 und einen Reingewinn von 150 000 Dollar. Ähnliche Unternehmungen sind in ganz Amerika geplant. Universitätsprofessoren und Geistliche bereiten als Vertreter des Central Relief Committee das Land, um die Bewegung zu organisieren. Der 6. Oktober, als der Jahrestag der Landung der ersten deutschen Ansiedler der Pfläzer, die 1687 auf dem Schiff „Concord“ unter Pastorius' Führung nach Germantown kamen, wird von allen Deutsch-Amerikanern als „Deutscher Kindertag“ gefeiert werden. Präsident Harding hat in einem besonderen Schreiben das Unternehmen warm begrüßt.

Der Herr des Todes.

Roman von Karl Noßner.
36] Nachdruck verboten.

„Sehen Sie lebt — sehen Sie —.“
„Auf Wiedersehen —“ sagte er.
„Vieder Freund —!“ Sie nickte noch — und drückte auf den Knopf des Püschwerks neben der Tür — und sah ihm nach, wie er durch den Speisesaal, durch das Herrenzimmer Schritt —

Wie in einem Traume ging er. Draußen auf der Diele erwartete ihn das Mädchen. Sie reichte ihm den Ueberrock, den Gul. Dann schloß sie hinter ihm die Tür.

Er wußte nicht, wie er über die Treppe und aus dem Hause gekommen war. Erst als er unten auf dem Plage stand, als die kühle Abendluft ihn umzog, und als die Reiben der Wagen, die jetzt die Menschen in die Theater und Konzerte brachten, an ihm vorüberfuhren, fand er sich wieder in die Wirklichkeit.

Drüben, auf der anderen Seite des Plages, stand er still und sah an dem Hause empor. Ein feiner Regen rieselte von dem mit dunklem Grau verhangenen Himmel nieder. Sprülte ihm ins Gesicht, kühlte ihn, tat ihm wohl.

Da oben diese beiden hellen Fenster — Er dachte: Einen Menschen habe ich gesucht! — Einen, der mir geblieben ist — Heiß!

Ein Heberhaftes Glücksgefühl hob ihn nach all den qualvollen Erschütterungen.

Die nächsten Stunden gingen an Herrera wie etwas Fernes und Unwirkliches vorbei, das als ein feststehender Mechanismus sich abrollte, das aber keinen tieferen Bezug zu seinem Innenleben fand. Sein Fühlen und sein Denken waren ausgefüllt von der Erinnerung an Ada Lüttgenau.

Herrera starrte in die Wette und sah die Frau, hörte die Stimme, so, wie sie zuletzt zu ihm gesprochen hatte: „Vieder Freund“ Keine klar umrissenen Gedanken waren in ihm — kein Wunsch, zu denken. Nur das Erschüttern —

Er war im Airkus, war in seiner Garderobe und ließ sich von Franz die Kleider reichen. Und Franz erzählte irgend etwas: von zwei sehr eleganten Damen, die Blumen gebracht hätten — und sich erkundigt hätten, wann sie ihn wohl einmal sehen könnten. Dort auf dem Tisch lagen die Karten. Herrera hörte Worte, Worte und nicht dazu. Er sah die Karten, lächelte und riß sie durch. Und er freute sich, als er in der gehobenen Stimmung seines Dieners den Widerstreben der eigenen Gefühle sah. Als er sich mit dem schwarzen Schminke über die Brauen fuhr, schloß er für einen Augenblick die Lider. An seinen Händen ballerte noch dieser lästige Niederdruck, der von ihr kam, und der sie ihm jetzt in der fahlen, niedrigen und dunstverfüllten Garderobe beinahe körperlich nahe brachte.

Er stand im Vorraum der Manege und sah im Treiben der hier drängenden Gestalten ein paar Bekannte: Herrn Voloslav Potorny, der den einflussigen Drahtflicker und jetzigen Direktionssekretär in eine Ecke gedrängt hielt, ihm mit dem ungeschickten Körper jede Möglichkeit zu entkommen, verbaute. Mit weltanschaulichen Gebärden suchte er dem melancholisch dreinblickenden Sekretär etwas klar zu machen, und dazu zwinkerte er mit den kleinen schlaun Schweinsäuglein.

Als jetzt die Nummer, die vor ihm kam, draußen abgelaufen war und der Applaus einfiel und klapperte, sah er um sich. Fragelein Warten, Suchen war in ihm — Villian Russell —

Er dachte: Ja — jetzt wird sie kommen! Eine Sehnsucht nach dem stillen und seinen Geschöpfen kam in seiner Gehobtheit über ihn. Und der Wunsch, ihr zu helfen, war wieder stark —

Aber sie kam nicht. Nur die vier kleinen gelben Kerlchen der Matsumoto-Truppe liefen mit grinsenden Gesichtern im Gänsemarsch aus der Manege und hockten auf — riefen sich mit den hohen schnatternden Stimmen ein paar japanische Worte zu und sprangen dann noch einmal mit ein paar wirbelnden Saltos vor das Publikum — und wieder zurück —

Jetzt aber wurde auch schon wieder der hochraderige Wagen Herreras, von dem die untere Bahn gleich einer riesigen Siegel aufwärts rante, herbeilachob.

Er dachte: Man wird das Programm geändert haben — die Nummer kam wohl früher schon —. Ich will dann fragen, und ich will sie morgen sehen.

Aber der Ausblick auf dieses „Morgen“ trieb ihn von ihr hinweg, machte sein Denken wiederum zum Träumen, nahm aller Umwelt wieder Form und Nähe —

Er stand in der Manege — alles lief in den früheren Linien wie sonst. Er lächelte und hatte das Gefühl, daß er noch nie so froh und leicht gewesen wäre. Ein jeder Schritt, ein jeder Griff war ihm ein Fliegen, Gleiten.

Und er war in dem Dunst der Höhe, dort in der Kuppel auf dem Sprungbreit der oberen Bahn, und sah vertraut ins Wette, dachte an die Frau. Kaum daß er nach der unteren Bahn visierte. Die stand dort drüben in der Tiefe irgendwo — die würde er schon treffen. Und dann sprang er und stülzte, wie sich seine Muskeln wie von selbst anspannten, wie sein ganzer Körper beinahe automatisch nach dem Rote floa. Und stand dann unten auf dem roten Teppich und lächelte und hatte das Empfinden, als ob alles das ihm gar nichts an — wäre etwas Unwirkliches, das ihn kaum fand und kaum berührte.

Tann aber kam die Nacht und von den Schleier seiner Träumerei von ihm, aus seinem kritischen Verstand und seiner arbeitsfertigen Seuffts wieder das Wort.

Es war beinahe halb zehn Uhr vor-mittags, als er erwachte, aber er fühlte sich trotz des langen Schlafes abgesehen, als ob er viel in den Gliedern hätte.

Langsam wusch er sich, zog er sich an. Er setzte sich und gestülzte hatte, blieb ihm gerade noch die Zeit, um rasch nach dem Rollendortplatz zu fahren, wo er sich mit der Mutter um elf Uhr hatte treffen wollen —

Und diesmal wartete sie schon auf ihn — aber ihr liebes ängstliches Gesicht verriet gleich von weitem, daß irgend etwas nicht in Ordnung war. Jaaghaft sprach sie, streifte mit ihrer Hand den Arm des Sohnes, und ihre Augen baten unsicher: Sei mir nicht böse — das alles ich doch einmal so, und wir müssen uns dann in dem — Bernhard wäre gestern abend auf dem Wege von der Wilhelmstraße bei ihr gewesen und hätte Grüße von Maud gebracht und hätte sie für heute zum Lunch nach Schlachtensee gebeten. Und wie hätte sie das ablehnen können — was hätte sie ihm gleich sagen sollen —?

Herrera nickte still und gut. „Natürlich mußtest du annehmen, Mutter!“ sagte er. Und er dachte: Wenn sie doch diese Angst aus den Augen verlore. Ich tue ihr doch nichts — ich will sie doch nur frei und frohlich sehen! Was fürchtet sie denn nur?!

Sie meinte, immer noch mit einer Stimme, die um Verzeihung bat: „Weißt du, in dieser Zeit, in der der Vater in Wiesbaden ist, da hält es Bernhard doch für seine Pflicht, sich mehr um mich zu kümmern, dafür zu sorgen, daß ich nicht so viel allein bin —“

Er lächelte. „Ja — und dann siehst du ja dort auch die zwei Kleinen. Wie heißen sie doch nur —?“

„Rabel und Josua —“

„Nichtig!“ Er mußte plötzlich an diese banalen englischen Karbitische in Ada Lüttgenaus Allerweltsalon denken und wurde still

Unbewußt kamen sie ins Gehen, schritten unter den Wagen der Bahn nebeneinander weiter, die Bülowstraße hinunter, zwei Menschen, deren Sinnen in Fernen träumt.

alles sprechen launlich.“
Sie sagte Jaaghaft: „Gott, mein Junge — wenn ich doch doch nur immer um mich haben könnte! Mein ganzes Leben wäre anders, wäre hell und froh.“

Er sah zu Boden, stocherte mit seinem Schirm im leuchten Kies — und tat ein paar drängender Gedanken und Einwürfe mit einem leisen Schütteln seines Kopfes ab. Mit ruhiger Stimme fragte er: „Hast du Nachrichten von — aus Wiesbaden?“

„Ja, Peter, ja. Vater ist leidlich wohl — er will auch noch acht Tage länger bleiben, als er sich erst vorgenommen hatte — du kann ich dich auch in dieser Zeit noch öfter sehen —“

Er schob den Arm leise unter den Arm der Mutter und ging so neben ihr. Er dachte: Seltsam ist das doch — was wir auch reden, was wir auch beginnen, alles ist ausgehöpft und leer nach wenigen Sätzen! So viel ist zwischen uns — fremde Menschen und Hemmungen des Fühlens und Unwahrscheinlichkeiten. — Eine Traurigkeit erfüllte ihn, so zwecklos schien ihm alles.

Sie kamen an die Kreuzung der Potsdamer Straße.

Und da bemerkte er, daß ihre Haltung sich ein wenig steifte, unsicher, unschlüssig wurde. Da ließ er seinen Arm aus ihrem wieder sinken und fragte: „Hast du denn noch Zeit —? Soll ich einen Wagen rufen?“

„Peter, ich kann ja mit der Elektrischen bis an die Maassenstraße fahren.“

Er nickte — jedes von diesen gleichgültigen Worten tat ihm weh, war ihm ein schmerzhaftes Erinnern: Nun steht du neben ihr, neben der Frau, nach deren Nähe du dich so viele Jahre lang verzehntest, die dir als einziger Mensch verblieben schien — und ihr redet von solchen Nichtigkeiten!

Sie fragte: „Sa, was machst du jetzt?“

„Ich weiß es nicht.“

Wart du schon bei Frau Lüttgenau? Sein Herz schlug stark. Aber sein Gesicht blieb unbewegt, war kraff und gleichgültig, schien sich zu wehren gegen jedes Spiel der Rüge. Auf die Straße deutete er mit einer kurzen Geste hinaus: „Mutter — ist das nicht deine Bahn, die dort kommt?“

Ausschreiben.

Es sind folgende Arbeiten zu vergeben:
1. Der Hochbehälter an der Gronauerstraße beginnt undicht zu werden und sollen deshalb Boden und Seitenwände mit einer Zement-Glattschicht versehen werden.
2. Die Bachmauer entlang der Synagoge bedarf der Instandsetzung. Nähere Auskunft erteilt der Straßenmeister Fischer. — Angebote sind getrennt bis zum 5. September einzureichen.
Nastätten, den 29. August 1921.
Der Magistrat: Wasserloos.

Ausschreiben.

Die Herstellung und Lieferung eines Schulpultes (Katheder) ist zu vergeben. Nähere Auskunft durch Herrn Hauptlehrer Ranter. Angebote bis zum 5. September erbeten.
Nastätten, den 29. August 1921.
Der Magistrat: Wasserloos.

Bekanntmachung.

Der auf Mittwoch, den 7. September d. J. festgesetzte Rindvieh- und Schweinemarkt wird nicht abgehalten.
Nastätten, den 26. August 1921.
Der Bürgermeister: Wasserloos.

Sprechtag:

Montags von 3 bis 6 Uhr nachm.

Dr. Wittig, Rechtsanwalt
Nastätten Hotel Guntrum

Der praktische Oekonomie-Verwalter.

Ein zuverlässiges Hand- und Nachschlagebuch der gesamten Landwirtschaft von G. E. Bahig. : 14. Auflage.
Unter Mitwirkung namhafter Fachmänner vollständig neu bearbeitet und herausgegeben von Dr. Wölfer, Dainun i. M.
800 Seiten Text mit über 400 Abbildungen!
Preis elegant und dauerhaft gebunden M 72.—
Ein unübertroffenes, aus reicher, praktischer Erfahrung heraus geschriebenes Lehrbuch!
Bisher über 30 000 Exemplare abgesetzt.
Zu beziehen durch:
Müllersche Buchhandlung, Nastätten, Bahnhofstraße 11.

Mädchen

in Privathaus sofort oder später gesucht.
Frau Anna Göhl,
Bahnhofstr. a. Nh., Nastätten. 4

Warnung!

Gabe in meinem Garten hinter dem Hause Gift gestreut.
Peter Werner,
Hömerstr. 25.

Ratten- und Mäuse-Gift

empfehlen
Amts-Apotheke Nastätten.

Bowle-Pfirsiche

frisch eingetroffen!
Für Sonntag
Pfirsich-Eis
empfehlen
Cafe Ackermann, Nastätten,
— Telefon 78. —

Mais, Melasse Futtermehl

Gesam-Buchsen Kleie
empfehlen zu den billigsten Preisen
Wih. Gill, Nastätten.

la. Batterien

für Taschenlampen etc.
in bester frischer Ware
empfehlen
Müllersche Buchhandlung
Nastätten : Bahnhofstraße.
Himbeersaft
empfehlen
Apotheke in Nastätten.

Sozialdemokr. Ortsgruppe Nastätten.

Sonntag, den 4. September 1921, abends 9 Uhr,
in der „Schönen Aussicht“ (Louis Nück)

Große Volksversammlung.

Genossin Ege und Genosse Dänzer werden über „Die innerpolitische Lage“ sprechen.
Hierzu sind alle Bürger und Bürgerinnen eingeladen. — Freie Aussprache!
Der Vorstand.

Damen- und Herrenfahrräder

sowie Fahrrad-Teile und Bereifungen
in unseren bekannten gut bewährten Marken
empfehlen zu den billigsten Preisen
Kaufhaus Salomon Stern, Nastätten.

Brenn-Holz

speziell Wachsenholz von alter und frischer Fällung, bis 1,30 m lg., von 8 cm Durchm. an aufwärts, frachtgünstig Frankfurt a. M. zu kaufen gesucht. Ausführliche Angebote mit a u f h e r s t e r Preisangabe an
Herr. Schmidt, Holzhdg.
Frankfurt a. M.
Büro: Am Tiergarten 18.

Weißkalk

ein, auch für Düngewege geeignet. Bestellungen hierauf nimmt noch entgegen
W. Gill, Nastätten.
Neue Grünkerner
eingetroffen.
H. J. Peters, Nastätten.

Dr. Thompsons Seifen-Pulver

Balmitin-Seifenpulver
Mintosa-Seifenpulver
Santel's Bleichjoda, Kakao
Seringe, Zwiebeln, Kaffee, Reis
Erbjen (grün und gold), Bohnen
Bürsten-Waren, Imker-Artikel
Aufnehmer
empfehlen
Handlung W. Heuser, Buch.

Turnfahrt Loreley

Der Turnverein Nastätten beabsichtigt am Sonntag, den 4. September, zur großen Turnfeier auf der Loreley einen Sonderzug ab Nastätten 11:00 Uhr einlegen zu lassen. Interessenten und die benachbarten Turn-Vereine wollen ihre Teilnahme bei dem Vorstandsmittag Hr. Dangel, Telefon Nr. 7, bis Samstag Mittag 12 Uhr anmelden.
F. W. Nastätten.

Milch- und Fahrkühle

zu kaufen gesucht. Nur christliche Offerten an: Gollermühle, Holzhausen a. d. Haide.

Bocklamm

sowie ein hornloser weißer Ziegenbock
zu verkaufen. Carl Brak, Weismühle b. Diehard.

Pflüge :: Eggen Kultivatoren

Sauchepumpen
Rüben-Schneider
Brockelmühlen
empfehlen billigst
Pflug-Fabrik Wagner
Nastätten : Rheinstraße.

Salatgurken

empfehlen
Gärtnerei E. Wölfert
Nastätten : Oberstraße.
TRAURINGE
mit Feingehaltstempel sind in allen Orten vorrätig und werden zum jeweiligen Tagespreis berechnet. : :
Erich Grewe, Taub a. Nh.